

**Parteitag der SPD
in Hamburg
26. bis 28. Oktober 2007**

Beschlüsse

Antrag A 7

Parteivorstand

Gesellschaftliche Verankerung der Bundeswehr erhalten – Freiwilligkeit stärken“ für den SPD-Bundesparteitag in Hamburg

Die außen- und sicherheitspolitische Lage Deutschlands hat sich nach der Überwindung der Spaltung Europas und durch die deutsche Wiedervereinigung grundlegend verbessert. Deutschland lebt in Frieden und Freundschaft mit seinen Nachbarn, mit denen es eng in der EU verflochten ist. Doch das internationale Umfeld ist ungeachtet der positiven politischen Veränderungen der vergangenen Jahre nicht frei von sicherheitspolitischen Risiken. Die jüngere Vergangenheit hat gezeigt, dass sich neue Bedrohungslagen ergeben können, die heute noch nicht absehbar sind.

Deshalb bleibt die Verteidigung Deutschlands der Auftrag der Bundeswehr, den sie zusammen mit unseren Partnern im Bündnis erfüllt. Zugleich hat Deutschland nach dem Ende des Ost-West-Konflikts mehr internationale Verantwortung im Rahmen unserer kooperativen Friedens- und Sicherheitspolitik übernommen. Wir stehen zu der Verantwortung im Rahmen unserer Bündnisverpflichtungen und bei internationalen Friedenseinsätzen. Deutsche Soldatinnen und Soldaten genießen hierbei zu Recht weltweit hohes Vertrauen und Ansehen.

Einsätze der Bundeswehr zur Sicherung und Wahrung von Frieden und Stabilität in Krisenregionen erfolgen auf der Grundlage eines Mandates der Vereinten Nationen und im multinationalen Rahmen. Ihr militärisches Handeln richtet sich nach den Werten unseres demokratischen Rechtsstaates und dem internationalen Völkerrecht.

Friedenseinsätze der Bundeswehr erfolgen in enger Abstimmung mit unseren Partnern und im Zusammenwirken mit zivilen Organisationen.

An die 200.000 Soldatinnen und Soldaten haben seit den 90er Jahren einen schwierigen Friedensdienst im Ausland absolviert. Auch Vertreterinnen und Vertreter von Entwicklungshilfe- und Nichtregierungsorganisationen haben hierbei einen entscheidenden Beitrag geleistet. Hierfür gebührt Ihnen und ihren Familien unser ganz besonderer Dank. Bei diesen Einsätzen haben Soldaten der Bundeswehr und Vertreter von Hilfsorganisationen ihr Leben lassen müssen. Wir teilen mit ihren Angehörigen den Schmerz und das Leid.

Unsere Soldatinnen und Soldaten müssen sich darauf verlassen können, dass sie mit ausreichenden und zu ihrem Schutz unverzichtbaren Ressourcen ausgestattet werden. Eine gute Ausbildung, die auch interkulturelle Kompetenz, soziale Sensibilität gegenüber lokalen Bevölkerungen und Zusammenarbeit mit zivilen Hilfs- und Nichtregierungsorganisationen beinhaltet, ist vor allem für Auslandseinsätze unverzichtbar.

Die Bundeswehr ist und bleibt Parlamentsarmee. Das umfasst auch eine tiefgreifende Kontrolle der Streitkräfte durch das Parlament. Mit dem Parlamentsvorbehalt und dem durch das Grundgesetz legitimierten Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages sowie dem demokratischen Konzept der Inneren Führung kann die Bundeswehr auf eine Erfolgsgeschichte zurückblicken.

Das Leitbild der Inneren Führung ist der „Staatsbürger in Uniform“. Gesellschaftliche Integration, die Garantie der Grundrechte und die Gültigkeit rechtsstaatlicher Prinzipien für das militärische Handeln bestimmen die Konzeption seit ihrer Entwicklung. Dieses Verständnis von Innerer Führung hat wesentlich dazu beigetragen, die Bundeswehr als Friedensarmee zu einem festen, selbstverständlichen Bestandteil der Gesellschaft unseres Landes zu machen, die breite Anerkennung und Wertschätzung genießt.

52 Jahre nach Gründung der Bundeswehr können wir heute feststellen: Die Bundeswehr ist tief in allen gesellschaftlichen Schichten verankert. Sie hat auch einen wichtigen Beitrag zum Zusammenwachsen unseres Volkes nach der deutschen Wiedervereinigung geleistet.

Als Anfang der 50er Jahre die Frage der Wiederbewaffnung Deutschlands diskutiert wurde, war eines klar: Die Armee sollte sich nie wieder zu einem „Staat im Staate“

entwickeln können. Sie sollte an Recht und Gesetz gebunden, der parlamentarischen Kontrolle unterworfen und fest in Staat und Gesellschaft verankert sein. Das war die Geburtsstunde der Inneren Führung für eine Armee, die weiß, dass der Staatsbürger in Uniform der bessere und überzeugendere Soldat ist.

Aus diesem Grund muss die gesellschaftliche Verankerung der Bundeswehr erhalten bleiben. Eine moderne Wehrverfassung muss dies auch in Zukunft gewährleisten.

Zugleich gilt es, Vorsorge zu treffen und sich angesichts möglicher neuer Bedrohungslagen die Option auf eine Stärkung der Fähigkeiten zur Landesverteidigung zu erhalten.

Wir setzen deshalb auf eine Fortentwicklung der Wehrpflicht, unter Beibehaltung der Musterung und Wehrgerechtigkeit, die die Möglichkeit einer flexiblen Bedarfsdeckung des erforderlichen Bundeswehrpersonals mit einer Stärkung des freiwilligen Engagements in der Bundeswehr verbindet. Wir streben an, zum Dienst in den Streitkräften künftig nur noch diejenigen einzuberufen, die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr leisten zu wollen. Dies ist der Ausdruck einer persönlichen Entscheidung, sich für die Gesellschaft und für das Gemeinwohl zu engagieren. Dazu wollen wir die Attraktivität dieses freiwilligen Wehrdienstes steigern (z. B. über eine Ausweitung der FWDler) und über ein Bonussystem positive Anreize setzen, etwa durch die Anrechnung von Dienst- auf Ausbildungszeiten und andere Vergünstigungen. Darüber hinaus sind die freiwilligen sozialen Dienste zu stärken. Diejenigen, die freiwillig einen Dienst an der Allgemeinheit leisten, müssen auch von einem Bonussystem profitieren können. Dies stärkt die Zivilgesellschaft und die generationenübergreifende Solidargesellschaft.

(Angenommen)